

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf zc.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Austräger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. — Lage erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6gespaltene Korpuszelle oder deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2gespaltene Zeile im amtlichen Teil 30 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unerlangt eingekannter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 204

Fernsprecher Nr. 151.

Mittwoch, den 3. September 1913.

Geschäftsstelle Bahnstraße 3.

40. Jahrgang

Öffentliche Gemeinderatssitzung in Oberlungwitz

Mittwoch, den 3. September 1913, abends 8 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen.
2. Baufachen.
3. Besuch eines Tierarztes um Zulassung.
4. Besuch eines Schornsteinfegermeisters um Zustimmungserklärung zur Uebernahme der Bezirks-Schornsteinfegermeisterstelle.

Darauf geheime Sitzung.

Freibank Hohenstein-Ernstthal.

Gekochtes Rindfleisch, Pfd. 40 Pfg.

Die Balkanwirren.

Ueber Adrianopel ist die bulgarische Regierung mit der türkischen in direkte Verhandlungen eingetreten, zu deren Führung König Ferdinand den früheren Oberbefehlshaber seiner Armee, General Savov, und den früheren Gesandten am serbischen Hofe, Loschew, nach Konstantinopel entsandte. Von den direkten Verhandlungen wird mit Recht allgemein eine baldige Verständigung erwartet. Ob sie in dem Sinne ausfallen wird, daß die heilige Stadt südliche Adrianopel, d. h. die heilige Stadt mit den alten Sultansgräbern, und Bulgarien den nördlichen Stadtteil mit dem Dohndorf erhält, und daß die Festungswerke geschleift werden, bleibt noch abzuwarten.

Nachdem auch die Adrianopelfrage als erledigt betrachtet wird, gehen die Mächte jetzt daran, die albanische Frage, sowohl die Abgrenzung wie die innere Verwaltung des künftigen selbständigen Fürstentums zu regeln. Eine internationale Kommission zur Festlegung der Südgrenze Albaniens trat in Brindisi zusammen. Da Serbien und Griechenland voll befriedigt sind, Montenegro und Bulgarien aber nicht in Betracht kommen, so rechnet man mit einer schnellen Beilegung auch dieser Angelegenheit, die durch die Wahl des neuen Fürsten von Albanien ihre Krönung erfahren würde. Ein deutscher Fürst kommt für den albanischen Thron nicht in Betracht.

Tagesgeschichte.

Fürstbesuch in der Reichshauptstadt.

Gestern nachmittag trafen Herzog Albrecht von Württemberg, Herzog Philipp Albrecht von Württemberg und Prinz Alfons von Bayern, sowie Prinz Franz von Bayern in Berlin ein und nahmen im Schlosse Wohnung. Abends 7 Uhr fand Familientafel bei den Majestäten statt, an welcher der Prinz von Wales, Herzog Albrecht und Herzog Philipp Albrecht von Württemberg, sowie Prinz Alfons von Bayern und Prinz Franz von Bayern teilnahmen. Der Prinz von Wales reiste um 8 Uhr 35 Min. nach Sigmaringen ab.

Die Reichstagswahl in Landshut.

Der Ausgang der Erstwahl im Reichstagswahlkreis Landshut bestätigt abermals,

daß der Stern des Zentrums in Bayern im Erleichen begriffen ist, und daß die Macht des Zentrums selbst in seinen sichersten Domänen abbröckelt. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis entfallen auf den Zentrums-kandidaten Herrn. von Aretin 10 162, auf den Kandidaten der Liberalen und Bauernbündler Eisenberger 4920 und auf den Sozialdemokraten Rath 1541 Stimmen. Da 1912 auf den Herrn. von Aretin sich noch 12 450 Wähler vereinigt, hat das Zentrum einen Verlust von rund 2300 erlitten, der um so schmerzlicher empfunden werden muß, als die Bauernbündler und Liberalen um beinahe 1700 zugenommen haben. Eine weitere bemerkenswerte Erscheinung ist der verhältnismäßig starke Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen von 1907 auf 1541. Das Zentrum aber hatte in einem Wahlkreis, in dem 1907 seine Mehrheit noch 9000 Stimmen betrug, 1913 mit 3700 Stimmen gesiegt.

Auf der Jahresversammlung des Vereins für Handlungskommis.

der mit seinen 120 000 Mitgliedern und 18,5 Millionen Gesamtvermögen für Wohlfahrtszwecke einer der größten und reichsten Vereine Deutschlands ist, wurde Staatshilfe für die Handlungsgelassen gefordert mit der Begründung, daß deren Aussicht, sich selbständig zu machen, von Jahr zu Jahr geringer würde. Dankbar wurde des Lübecker Kaiserwortes gedacht: „Ich schütze den Kaufmann“, und dem Monarchen ein Guldigungstelegramm überreicht. Der Verein trat für die Beseitigung der Konkurrenzlaufel ein und wandte sich gegen den Entschluß des preussischen Kriegsministers, der die Offenhaltung kaufmännischer Stellen für verabschiedete Offiziere verlangt.

Auf dem deutschen Zünfte- und Handwerkerkongress.

der in Braunschweig zusammentrat, wurde betont, die Handwerkerkongresse im Reichsamt des Innern hätten gezeigt, daß das Handwerk auch in Zukunft auf Selbsthilfe angewiesen sein würde. Bei der Vergütung von staatlichen Arbeiten erfahren die wohlgemeinten Anweisungen der Minister in der Praxis durch nachgeordnete Beamte häufig keine Geltung. Deshalb forderten die Handwerker Reichstagskommissionen. Auch die Sicherung der Bauforderungen sei noch immer ungenügend gewährleistet, obwohl viele Zweige des soliden Handwerks durch den Bauwindel geschädigt

und zum Teil ruiniert würden. Es wurde ferner die Einbeziehung der Industrie in die Listen des Handwerks gefordert, darüber Klage geführt, daß trotz aller handwerkerfreundlichen Worte die besten Vertreter des Handwerks bei den jüngsten preussischen Landtagswahlen unterlegen seien, und endlich der feste Zusammenschluß aller Handwerker und die Freimachung von dem sozialdemokratischen Terrorismus empfohlen.

Mit einem Diskontsatz von 6 Prozent

hofft die Reichsbank in diesem Jahre auskommen zu können. Wie bekannt, ist der Zinssatz häufig in der zweiten Jahreshälfte höher und bis auf 7 Prozent hinaufgestiegen. Wenn man ihn jetzt, falls nicht politische oder wirtschaftliche Verwicklungen eintreten, auf 6 Prozent erhalten zu können hofft, so ist das mit ein Zeichen der weichen Konjunktur. Mit dem Unternehmungsgeist sinkt die Nachfrage nach Geld und damit der Zinssatz. Im nächsten Frühjahr wird die normale Erleichterung des Geldmarktes in allen Zentren desselben durch außerordentliche staatliche Ansprüche aufgehoben werden. Ueberall in Europa sind entweder Kriegs- oder Rüstungskosten zu decken. Diese Kosten werden die drei Kapitalistenländer England, Frankreich und Deutschland in erster Linie zu tragen haben. Die deutschen Verbrauchsgegenstände werden am unmittelbarsten auf den Status der Reichsbank abhürben, da das Reich, wie bekannt, etwa 500 Millionen Mark für diesen Zweck von der Reichsbank borgen muß. Der Status der Reichsbank wird allerdings nicht genau um diesen Betrag verschlechtert werden; denn die Ausgaben der Militärverwaltung fließen ja wieder in den Verkehr und befruchten den Wert des von der Reichsbank zu bedeckenden Bedarfs an Noten. Aber diese Ansprüche werden ohnehin gesteigert durch die Vermehrung der Produktion für die Militärverwaltung. Sollte wirklich mit Beendigung des Balkankrieges die Krisis am Geldmarkt überwunden sein und nicht etwa im nächsten Jahr in gefährlicherer Gestalt wiederkehren, so wird die Erleichterung nur ganz langsam vor sich gehen. Nichts wäre falscher, als jetzt in der Hoffnung auf billiges Geld der Unternehmungskraft die Zügel schießen zu lassen.

Begräbnislosten und Heeresverwaltung.

Nach dem „Armee-Verordnungsblatt“ werden vom 1. Oktober d. J. ab die Kosten der Beförderung der in Friedenszeiten während der aktiven Dienstzeit oder während einer Übung verstorbenen Unteroffiziere und Mannschaften zur Beerdigung in der Heimat von dem Militäriskus getragen. Ebenso darf den Angehörigen eines schwer erkrankten Unteroffiziers oder Soldaten im Falle der Bedürftigkeit eine Reisekostenvergütung 3. oder 4. Klasse gewährt werden, sofern die Reise auf Grund der schriftlichen oder telegraphischen Mitteilung des Garnisonlazarets über die lebensgefährliche Erkrankung ausgeführt wird.

Die Verunfallungsverhandlung gegen das Erfurter Kriegsgerichtsurteil

wird im Laufe dieser Woche vor dem Oberkriegsgericht zu Kassel stattfinden. Da sich die beiden Angeklagten Kopsch und Langhelm, die

nur ein Jahr bzw. sieben Monate Gefängnis erlitten, bei dem Urteil beruhigt haben, so werden zu der Verhandlung nur fünf der Verurteilten erscheinen.

Von einem deutsch-norwegischen „Zwischenfall“

läßt sich die „Frankf. Ztg.“ von Bardö berichten. Ein Geesjämmer Fischereifahrzeug habe in verbotenen norwegischen Gewässern gefischt. Auf Anzeige hin habe sich der Polizeimeister von Bardö in voller Uniform an Bord des Schiffes begeben, sei aber von der Mannschaft am Betreten des Schiffes gehindert worden. Die Mannschaft habe gesagt, sie handle auf Befehl des Kapitäns. Der Kapitän habe von der Brücke mit einem Gewehr auf den Polizeimeister gezielt. Dieser habe erklärt, daß er als Regierungsbeamter komme. Der Kapitän habe aber keine Notiz davon genommen, sondern den Polizeimeister zweimal auf brutale Weise vom Schiff herunterstieben lassen. Der Beamte habe daher unverrichteter Dinge nach Bardö zurückkehren müssen. Es handelt sich hier um einen Vorfall, der sich auf den großen Fischereiplätzen Norwegens oder Islands öfters wiederholt. Ob alle Einzelheiten des gemeldeten Vorgangs den Tatsachen entsprechen, muß die Untersuchung ergeben.

Frankreichs Wunde.

Bei Ueberreichung von Kriegserinnerungsmedaillen in Vrest sagte der Abg. de Mun zu den Veteranen: „Vor 43 Jahren wurde Frankreich trotz der riesenhaften Anstrengungen, die so viele der Unseren mit dem Leben bezahlten, vom Feinde und seiner Rache überwältigt. Seit jenen Tagen trägt es an seiner Seite eine offene Wunde, die eine neue Invasion unaufhörlich zu erweitern droht. Erinnerung Euch der Niederlage, um den Sieg vorzubereiten.“

Delcaessee's Rücktritt noch nicht bestätigt.

In den Pariser informierten Stellen wird das Gerücht von Delcaessee's Rücktritt vom Petersburger Botschafterposten und seine Erhebung durch den nach Bukarest gesandten Mondel weder bestätigt noch dementiert. Die Angelegenheit, die zweifelsohne mit den jüngsten französisch-russischen Balkandifferenzen zusammenhängt, bleibt vor der Hand noch in der Schwebe. Wie die offiziöse „Agence Havas“ mitteilt, wird Delcaessee zwischen dem 15. und 20. Oktober nach Petersburg zurückkehren, um die Geschäfte der Botschaft wieder zu übernehmen. Den Gerüchten von Delcaessee's Rücktritt ist damit vorläufig noch nicht widersprochen.

Nanking endgültig genommen.

Nachdem bereits einmal von den Belagerten Nankings der Fall der Stadt vorzeitig gemeldet worden war, ist die Stadt jetzt wirklich endgültig von den Nordchinesen genommen worden. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Schanghai: Nanking ist am Montag eingenommen worden. Die Rebellenruppen sind durch das Siedtor geflüchtet. — Ueber die letzten Kämpfe, die zur Eroberung geführt haben, wird aus Nanking vom 31. August gemeldet: General Tschangshung ist jetzt bemüht, die Stadt durch Weitererfassung zu erobern. Die Verteidiger, von seiner Absicht unterrichtet, bereiteten jedoch diesen Sturm

„Kornfrank“

das neuzeitliche Kaffegetränk (kein Bohnenkaffee)
nur in hellgrünen Paketen mit dunkelgrünen Bändern

82